

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

N<sup>o</sup> 258.

Donnerstag den 14. September.

1848.

### Vermietung.

Das dormalen an den hiesigen Bürger und Kramer, Herrn Poyda, vermietete Gewölbe in dem in der Reichstraße allhier gelegenen, mit Nr. 52/309 bezeichneten Hause soll von Ostern 1849 an anderweit auf drei, und nach Befinden mehrerer Jahre, unter Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten und jeder andern Verfügung, an den Meistbietenden vermietet werden.

Miethlustige haben sich daher

den 26. September d. J., Vormittags um 11 Uhr,

auf dem Rathhause in der Rathsstube zu melden und ihre Gebote zu thun, sodann aber weiterer Entschliessung sich zu gewärtigen.  
Leipzig den 12. September 1848. Des Rathes der Stadt Leipzig Finanzdeputation.

### Landtagsverhandlungen.

Neunundfünfzigste öffentliche Sitzung der 2. Kammer,  
am 12. September 1848.

Der Vaterlandsverein zu Tharand bat die Kammer, den von der Regierung vorgelegten Wahlgesetzentwurf ohne Debatte und Abänderung als provisorisches Gesetz anzunehmen. Als der Protocoll-Extract der 1. Kammer mit der Freiburger Vertrauensadresse als eingegangen vorgetragen wurde, beantragte Sachse die Vorlesung der Adresse, die der ersten Kammer zu einem Vertrauensvotum für die Regierung Anlaß gegeben, und nach der Vorlesung Abg. Gehe ein gleiches Botum durch Aufstehen. Dabei theilte sich die äußerste Linke nicht. Abg. Evans erklärte, er habe sich nicht erhoben, weil er glaube, es könne dem Ministerio an einem Vertrauensvotum von dieser Kammer nichts liegen und weil er dergleichen Ostentationen nicht liebe. Ähnlich sprachen Abgeordnete Tzschirner, Linke, Voigt, Wehner, Kaiser, Helbig. Min. v. d. Pfordten dankt der Kammer, die jetzt noch als gesetzliche Vertreterin des Volks dastehe. Die neugewählte Kammer habe definitiv über das Ministerium zu entscheiden. Min. Oberländer: ganz ohne Gewicht sei die Meinung auch dieser Kammer nicht. Die Regierung stütze sich auf die in den letzten Decennien von den Vorkämpfern der deutschen Freiheit ausgesprochenen Principien. Abg. Helbig findet das nicht genügend; Abg. Tzschirner vermißt darin das Princip der Demokratie. Zu diesem bekennt sich Min. Oberländer für seine Person. Die Abg. v. d. Planitz, Harkort, Meißel bekennen ihr Einverständnis mit der Majorität. — Zum Vortrage kam ferner ein königliches Decret, aus welchem hervorging, daß eine zweite Rate der Einkommensteuer nicht erhoben und das Maximum der außerordentlichen Grund- und Gewerbesteuer von 5 auf 3 Thaler herabgesetzt werden solle.

Abg. Tzschirner interpellirt, ob der Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, Kohlshütter, eine Instruction erhalten habe und welche? Die Abberufung Todts von Frankfurt sei auffällig gewesen. Sollte der neue Bevollmächtigte bei jeder Maßregel der Centralgewalt gehört werden und solle er in Gemeinschaft mit den andern Bevollmächtigten berathen? Bedenklich sei der Aufsatz in der Oberpostamtszeitung über die Mediatifizierung der Ständeversammlungen. Min. v. d. Pfordten: die kurze allgemeine Instruction Kohlshütters werde der 1. Deputation vorgelegt werden. Er solle weder bei allen Maßregeln der Centralgewalt gehört werden, noch mit den übrigen Bevollmächtigten ein Collegium bilden; beides widerspreche dem Reichsgesetz vom 28. Juni d. J. Die Artikel in der Oberpostamtszeitung seien nicht officielle und der sächsischen Regierung werde man wohl nicht zutrauen, daß sie gegen ihre Ständeversammlung agire. Todt sei abberufen worden, weil die Regierung ihn bei dem Ausbau der sächsischen Verfassung für nützlich gehalten habe.

Die Kammer begann hierauf die Berathung des Berichtes der 3. Deputation über die Auswanderungsangelegenheit. Die Majorität (Ref. Kaiser) hält die Auswanderung wegen der Uebevölkerung für nothwendig und beantragt

- 1) Erwägung der Sache durch die Regierung, Anerkennung, daß es Angelegenheit des Staates sei, Bildung einer Commission Sachverständiger dazu und Beförderung der Auswanderung,
- 2) Revision und Aufhebung der die Auswanderung beschränkenden Gesetze,
- 3) a) Gestattung, daß die Auswanderungsvereine Collecten anstellen und Controle über die Gelder und ihre Verwendung durch die Regierung,  
b) Vorläufige Bewilligung von 50000 Thalern zu den Zwecken der Auswanderung.

Die Minorität hält dagegen die Auswanderung nicht für nöthig und unvermeidlich und tritt den Anträgen der Majorität insoweit bei, daß dem ersten beigelegt werde „ohne Geldspenden für Ueberfahrt und Ansiedelung“, dem 3ten mit Weglassung des 2. Satzes, jedoch mit dem Gesuche, daß die Regierung dem nächsten Landtage die nöthige Vorlage machen und Geldmittel verlangen möge. Reg.-Comm. Weinlig legte in einem interessanten und ausführlichen Vortrage die Ansichten der Regierung dar. Bei uns wollen nur Industriearbeiter auswandern; der Grund ist nicht absolute Uebevölkerung, sondern das Mißverhältniß zwischen dem Verdienst und den Lebensbedürfnissen. Wäre Uebevölkerung und Auswanderung das souveraine Mittel, so müßten jährlich 25,000 Menschen für etwa 2 1/2 Millionen Thaler fortgeschafft werden, nur um keinen Zuwachs der jetzigen starken Bevölkerung zu erhalten. Will man aber in Sachsen allein die verdienstlosen Industriellen auswandern lassen, so stürzt man sich in einen Kreislauf, der mit völliger Erschöpfung endigen muß, weil die auf Staatskosten auswandernden Tausende sofort durch eben so viele Andere (aus den Nachbarstaaten) ersetzt werden. Der Industrie laufen Tausende zu, dem Ackerbau sind schwer Hände zu gewinnen. Was nütze also die Auswanderung den Zurückbleibenden? Würden, wenn die Hälfte der Spizenkloppler auswanderten, die Zurückbleibenden einen Pfennig mehr für die Elle bekommen? Nur wenn die Auswanderung von einem größeren Terrain ausgehe und mit Colonisation verbunden werde, könne die Betheiligung des Staates heilbringend sein. Die Regierung entscheide sich für die Minorität. Abgeordneter Fleischer rechnet auf die Einheit Deutschlands, und empfiehlt durch besondern Antrag die Auswanderung nach den Donauländern, besonders der Wallachei. Abg. Gehe rühmt die Vortheile der Colonien für Deutschland. Abg. Hanel spricht für die Majorität, v. Beust, Huth und Hecker für die Minorität.

Nach Vertagung der Debatte interpellirt Abgeord. Linke das Ministerium, ob es bald der Leipziger Zeitung einen definitiven, tüchtigen Redacteur geben werde, der das Blatt volksthümlich redigiren könne? Staatsminister Oberländer: Die Sache sei